

Antrag: G1

Beschlossen vom Bezirksarbeitsausschuss 2005/2006.

SPD bleibt konsequent bei Ablehnung von Bildungsgebühren

Die Jusos begrüßen die konsequente Position der SPD Hessen in der Studiengebührenfrage.

Die SPD Hessen begrüßt zudem den vom Bildungskoordinator der SPD-Länder in die Diskussion gebrachten Vorteilsausgleich zwischen den Bundesländern. Sie wird in der öffentlichen Diskussion deutlich machen, dass dieser nicht nur im Interesse der Studierenden, sondern auch des Landes Hessen ist und die Landesregierung damit öffentlich unter Druck setzen.

Wir fordern die SPD Hessen auf, sich für kostenfreie Kindergartenplätze einzusetzen.

I. Auch nachgelagerte Studiengebühren sind schädlich.

Die Erfahrungen aus anderen Ländern (Australien, Österreich, etc.) zeigen, dass Gebühren die Universitäten nicht besser machen, sondern nur die staatlichen Aufwendungen dafür zurückgehen. Auch die Theorie vom „Hochschulkunden“, der auf bessere Leistung drängt, weil er zahlt, zieht nicht: Einem verbeamteten Professor dürfte es egal sein, ob sein Gegenüber 1000 Euro im Semester zahlt oder nicht.

Das Beispiel Australien zeigt darüber hinaus, dass sich nachgelagerte Gebühren auf die Bildungsnachfrage auswirken: Wer verschuldet sich, um Germanistik oder Sozialarbeit zu studieren? Wenn die Gebühren direkt an die Hochschulen fließen haben diese zudem den Anreiz nur noch Fächer anzubieten, die wenig kosten und viel einbringen. Folge dieser beiden Mechanismen: Geisteswissenschaftliche und gemeinwohlorientierte Fächer und Randdisziplinen mit hohem Forschungsaufwand fliegen aus dem Angebot. Studiengebühren führen zur geistigen Verarmung der Bildungslandschaft. Das Argument „Warum sollen Kitas Gebühren kosten, Hochschulen nicht?“ ist hingegen zutreffend: Jede Form von Bildungsgebühren ist sozial selektiv und gehört abgeschafft.

II. Vorteilsausgleich statt Gebührenzwang

Um auch in Zukunft ein gebührenfreies Erststudium anbieten zu können, hat Rheinland-Pfalz vorgeschlagen, dass – wie in der Schweiz – Bundesländer, die nicht genug Studienplätze für ihre Landeskinder anbieten, den „Gastländern“ pro Studienplatz kostendeckende Beträge überweisen. Denn andernfalls würden die gebührenfreien Länder von „Gebührenflüchtlingen“ überrannt. Vom Vorteilsausgleich würde neben RLP und NRW auch Hessen profitieren. Länder wie Baden-Württemberg, die nicht einmal genug Studienplätze für diejenigen anbieten, die dort bis zum Abi kommen, müssten hingegen draufzahlen.

Der hessische Wissenschaftsminister Corts hat sich dem RLP-Vorschlag allerdings nicht angeschlossen: Er befürchtet Streit mit seinen CDU- und CSU-Kollegen. Die SPD Hessen muss offensiv deutlich machen, dass hier aus parteitaktischen

Erwägungen das Recht auf gebührenfreie Bildung und die Interessen des Landes geschädigt werden.

Der Vorteilsausgleich hätte einen weiteren Vorteil: es wäre attraktiv für Hochschulen, mittels guter Studienbedingungen um Studierende aus anderen Bundesländern zu konkurrieren. Denn die vom Herkunftsland überwiesene Summe würde – im Gegensatz zu Studiengebühren – die Gesamtkosten eines Studienplatzes abdecken.

III. Glaubwürdigkeit bewahren!

Die Mehrheit der deutschen ist nach einer Infratest-Umfrage gegen Gebühren im Erststudium. Die SPD in Bund und Land hat sich in den letzten Monaten eindeutig zu diesem Thema positioniert. Sollte unsere Partei hier „umfallen“, wird uns dies massiv und langfristig an Sympathien kosten. Die SPD-Fraktion wird deshalb aufgefordert ggf. eine Normenkontrollklage gegen eine eventuelle Gebühreneinführung in Hessen zu unterstützen, schon um das Selbstverständnis als Anwältin der Studierenden öffentlichkeitswirksam zu demonstrieren.

Beschlossen: 29.04.2006

Überwiesen an: SPD-Bezirksparteitag, Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion